

/// Globale Herausforderungen gemeinsam lösen

ENTWICKLUNGSPOLITIK

NEU GESTALTEN

GERD MÜLLER /// Die Flüchtlingskrise hat uns klargemacht: Die Welt ist heute ein globales Dorf, allerdings ein sehr ungleiches. Armut, Hunger, Umweltzerstörung, Ausbeutung von Mensch oder Natur zu überwinden, liegt auch in unserer Verantwortung und unserem Interesse. Denn was wir tun oder unterlassen, hat Folgen – in anderen Teilen der Welt und für unser eigenes Land. Wir können und müssen Krisen vorbeugen und Entwicklung neu gestalten.

Vor gut drei Jahren schienen viele globale Herausforderungen noch weit entfernt. Kaum jemand in Europa war im Sommer 2015 auf einen so großen Zustrom von Hilfesuchenden vorbereitet. Dabei gab es schon damals rund vier Millionen Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens. Und das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) hatte angekündigt, die Unterstützung in den Aufnahmegebieten drastisch einschränken zu müssen. Der

Hilfsplan für 2015 war nicht einmal zur Hälfte finanziert. Heute wissen wir: Es geht auch uns etwas an, wenn das WFP seine Nahrungsmittelrationen kürzen muss oder wenn Flüchtlinge in ihren Aufnahmeländern keine Perspektiven mehr für sich und ihre Kinder sehen. Es geht auch uns etwas an, wenn Millionen Menschen in ihrer Heimat keinen Job bekommen oder nur einen Hungerlohn für Produkte, die wir hier billig kaufen. Ebola hat gezeigt: Es geht auch uns etwas an, wenn sich in Teilen Afrikas ein Virus ausbreiten kann, weil Gesundheitssysteme marode sind.

Die Flüchtlinge, die in Deutschland Zuflucht gesucht haben und lebensgefährliche Risiken auf sich nahmen, um nach Europa zu gelangen, verkörpern sehr sichtbar die Folgen von Krisen und Kriegen, vom großen Gefälle zwischen Reichtum und Armut und auch dank

**Globale Herausforderungen
haben auch Auswirkungen auf
DEUTSCHLAND.**

Product of Rwanda ^{26/40}



MFG. DATE *17/15/17* BEST BEFORE *16/15/20*
INVOICE NO. *1827/17/18* GRADE *PFI*
NET WEIGHT *68kgs* GROSS WEIGHT *68,5kgs*

MFG. DATE *17/15/17* BEST BEFORE *16/15/20*
INVOICE NO. GRADE
NET WEIGHT GROSS WEIGHT

Product of Rwanda ^{17/40}



MFG. DATE *17/15/17* BEST BEFORE *16/15/20*
INVOICE NO. *1827/17/18* GRADE *PFI*
NET WEIGHT *68kgs* GROSS WEIGHT *68,5kgs*

MFG. DATE *17/15/17* BEST BEFORE *16/15/20*
INVOICE NO. GRADE
NET WEIGHT GROSS WEIGHT

Product of Rwanda ^{11/40}



MFG. DATE *17/15/17* BEST BEFORE *16/15/20*
INVOICE NO. *1827/17/18* GRADE *PFI*
NET WEIGHT *68kgs* GROSS WEIGHT *68,5kgs*

MFG. DATE *17/15/17* BEST BEFORE *16/15/20*
INVOICE NO. GRADE
NET WEIGHT GROSS WEIGHT

Es müssen faire Handelsbeziehungen und Märkte vor Ort geschaffen werden.

Product of Rwanda ^{35/40}



Smartphone und Internet von immer größerer globaler Mobilität und Verbundenheit. Die Weltbevölkerung ist seit dem Jahr 2000 um knapp ein Viertel gewachsen, die Zahl der Flüchtlinge um über die Hälfte, von 43 auf jetzt 68,5 Millionen. Wir dürfen nicht verkennen, dass auch wir einen Anteil an den Problemen in der Welt haben und müssen uns viel stärker als bisher in der Welt engagieren.

Entwicklungspolitik hat einen völlig neuen Stellenwert

Entwicklungspolitik ist mehr als nur „Fluchtursachenbekämpfung“. Sie hat mehrere Aufgaben, nämlich einmal strukturell bei den Ursachen für Krisen, Kriege, Flucht und Migration anzusetzen sowie zugleich vor Ort, in den Entwicklungsländern, wo 85 % der Flüchtlinge leben, zu helfen. Zwei Drittel der Geflohenen verweilen zudem als Vertriebene im eigenen Land. Die Übrigen schaffen es meist nur bis ins Nachbarland. Unter den größten Aufnahmeländern sind die Türkei, Libanon, Jordanien, aber auch Pakistan, Iran oder aktuell Bangladesch, wo Hunderttausende Rohingya Zuflucht suchen.

Flüchtlingspolitik fängt deshalb in den Herkunftsländern an. Dort und in den Erstaufnahmeländern müssen wir Existenzen sichern, Rückkehr ermöglichen und Bleibe- und Zukunftsperspektiven schaffen. Und genau das hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den vergangenen Jahren getan. Wir haben die Mittel im Krisenbogen rund um Syrien seit 2014 verdreifacht und innerhalb kürzester Zeit sieben Millionen Menschen mit unseren Initiativen wie etwa der Beschäftigungsoffensive „Cash for Work“ in Nahost erreicht. Mehr als 140.000 Jobs, wie

Die Menschen brauchen in ihren Herkunftsländern ZUKUNFTS-PERSPEKTIVEN.

z. B. Straßen und Gebäude ausbessern, Müll beseitigen oder Ähnliches wurden damit in den Aufnahmeregionen rund um Syrien für Flüchtlinge und Einheimische geschaffen. Solche Arbeit bringt sofortige Hilfe für ganze Familien und hat anhaltende Wirkung.

Jeder Euro, den wir dort einsetzen, hilft ein Vielfaches mehr als hier und gibt den Menschen Hoffnung. Dank unserer Hilfe konnte eine Million syrischer Flüchtlingskinder unterrichtet werden. Auch den Wiederaufbau wie etwa im Irak unterstützt das BMZ – damit zurückkehren kann, wer das möchte. Wir werden diesen Bereich in den kommenden Monaten noch ausbauen. Beratungszentren im Irak, auf dem Westbalkan, in Nordafrika sowie in Ghana und im Senegal richten sich bereits mit Beschäftigungs- und Fortbildungsmaßnahmen an die lokale Bevölkerung, Binnenflüchtlinge und freiwillige Rückkehrer. Und mit der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) arbeiten wir seit langem in Kolumbien erfolgreich beim Thema Binnenvertriebene zusammen. Denn man darf nicht vergessen: Auch in anderen Weltteilen gibt es lang andauernde Flüchtlingskrisen.

Neue Herausforderungen erfordern neue Antworten

Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es, mittel- und langfristige Strukturen für faire, nachhaltige Entwicklung zu schaf-

fen. Angesichts der globalen Megatrends wird das mit einem simplen „Weiter so“ nicht gelingen. Derzeit leben mehr als sieben Milliarden Menschen auf der Erde, und 2050 werden es nach Schätzungen der Vereinten Nationen bereits knapp zehn sein. Jedes Jahr wächst die Weltbevölkerung um 80 Millionen Menschen. Das entspricht jährlich der Gesamtbevölkerung Deutschlands. 90 % dieses Wachstums erfolgt in Entwicklungs- und Schwellenländern. Allein Afrikas Bevölkerung hat sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts von 250 Millionen auf heute über 1,2 Milliarden Menschen verfünffacht und wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach bis Mitte dieses Jahrhunderts noch einmal verdoppeln. Bei solch einem Tempo kämen selbst hoch entwickelte Nationen mit der Nachfrage nach Nahrung, Wohnraum, Energie, Schulen, Krankenhäusern und Jobs kaum nach. Umso größer ist diese Herausforderung für Länder, die nicht auf funktionierende Infrastruktur und Institutionen aufbauen können.



Das BEVÖLKERUNGSWACHSTUM stellt die Gesellschaften weltweit vor eine große Herausforderung.

Vor diesem Hintergrund sollten wir übrigens auch die großen Erfolge würdigen, die in den vergangenen Jahrzehnten trotz der Bevölkerungsexplosion in vielen Entwicklungsländern erzielt wurden. Anfang der 1980er-Jahre leb-

ten noch über 40 % der Weltbevölkerung in absoluter Armut, heute sind es noch 10 %. In den 1950er-Jahren konnten zwei Drittel der Menschen nicht lesen, heute sind es weniger als 15 %. Krankheiten wie die Pocken sind mittlerweile ausgerottet.

Dennoch bleiben die Aufgaben riesig, denn das Bevölkerungswachstum plus der Nachholbedarf führen dazu, dass allein bis 2030 so viel Infrastruktur errichtet werden müsste wie bisher in unserer gesamten Menschheitsgeschichte. Zugleich wächst die Nachfrage nach Energie um 50 % und die nach Wasser um bis zu 40 %. Aus welchen Ressourcen soll man diesem Wachstum nachkommen? Und welche Folgen wird das haben? Schon bisher ging weitere Entwicklung meist mit Umwelterstörung und klimaschädlichen Emissionen einher und am stärksten leiden darunter die Ärmsten. Sie leben dort, wo die Folgen schon jetzt dramatisch sind. Dabei haben sie selbst aber am wenigsten dazu beigetragen. Ein durchschnittlicher Einwohner Malis stößt nicht einmal ein Hundertstel dessen aus, was ein Deutscher pro Kopf mit seinem Lebensstil an CO₂ verursacht.

Die Aufgabe lautet also, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, ohne den Planeten dabei zu zerstören. 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung haben sich die Nationen der Welt im September 2015 mit der so genannten „Agenda 2030“ dazu gesetzt.

Entwicklung braucht eine sichere Finanzierung

Die Finanzierung der Entwicklung muss auf mehreren Säulen ruhen. Staatliche Entwicklungsgelder allein reichen nicht aus. Nötig sind mehr Privatinvestitionen, Eigenleistungen, eigene Wert-

schöpfung sowie faire Handelsbedingungen.

Seit Anfang der 1970er-Jahre gilt das Versprechen der Industrieländer, 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklung aufzuwenden. Deutschland hat das Ziel erstmals 2016 erreicht, weil auch die Inlandskosten für Flüchtlinge mitzählten. Ohne diese lagen wir

Ein ENTWICKLUNGSINVESTITIONSGESETZ soll Anreize für private Investitionen in Afrika schaffen.

bei etwas mehr als 0,5 %. Diese Quote darf nicht absinken, aber angesichts der Dimension der globalen Herausforderungen ist klar, dass allein mit öffentlichen Entwicklungsgeldern die notwendige Entwicklung für die wachsende Weltbevölkerung nicht zu erreichen ist. Die Politik muss daher die Weichen so stellen, dass privates Kapital in entwicklungspolitisch wichtige Investitionen fließt. Viele Herausforderungen stellen ja auch unternehmerische Chancen dar wie z. B. Energie, Nahrungsmittelverarbeitung, Landwirtschaft oder Mobilität. Aber von 400.000 deutschen Firmen im Ausland sind nicht einmal 1.000 auf dem afrikanischen Kontinent aktiv. Ich erarbeite deshalb derzeit ein Entwicklungsinvestitionsgesetz, um damit neue Anreize für nachhaltige private Investitionen in Afrika zu setzen und mögliche Risiken, insbesondere für unsere mittelständischen Unternehmen, besser abzusichern.

Zugleich sind aber auch die Entwicklungsländer selber in der Pflicht, ihre Steuersysteme zu verbessern und Einnahmen zu erhöhen. Wir unterstützen das, denn jeder so investierte Dollar bringt 100 Dollar an zusätzlichen Einnahmen. Außerdem müssen aggressive Steuervermeidung und illegale Finanzströme unterbunden werden. Jahr für Jahr fließen allein aus Afrika geschätzt 50 Milliarden US-Dollar illegal ab – Geld, das dann für Investitionen, Bildung und Gesundheit fehlt. Hier braucht es einen entschlosseneren Kampf gegen Korruption sowie den Aufbau leistungsfähiger Institutionen und internationalen Beistand beim Austausch von Steuerdaten und der Offenlegung der Eigentümerverhältnisse von Unternehmen.

Auch viel zu oft bleiben Entwicklungsländer noch schlecht bezahlte Rohstofflieferanten. Deshalb müssen dort eine wettbewerbsfähige Verarbeitung und Wertschöpfung aufgebaut werden, damit von den Gewinnen auch die Menschen vor Ort profitieren. Hinzu kommt: Gerade mal ein Zehntel des Handels in Afrika findet innerhalb des Kontinents statt. In der EU sind es zwei Drittel. Wir begrüßen und unterstützen deshalb die Pläne für eine afrikanische Freihandelszone. Aber auch die EU muss sich handelspolitisch mehr als bisher öffnen und einen besseren Marktzugang anbieten. Für Tomaten und Olivenöl aus Tunesien ist der Zugang z. B. immer noch beschränkt. Notwendig ist daher eine bessere Einbindung insbesondere Nordafrikas in den EU-Binnenmarkt.

Entwicklungspolitische Schwerpunkte neu setzen

Insbesondere bei vier Themenfeldern geht die deutsche Entwicklungspolitik mit innovativen Ansätzen voran:

- neue Partnerschaft mit Afrika („Marshallplan“);
- eine Welt ohne Hunger;
- Perspektiven durch Ausbildung und Jobs und
- nachhaltige Arbeits- und Produktionsbedingungen.

Afrika ist unser Nachbar- und Schicksalskontinent. Afrikas Krisen sind eine Bedrohung auch für Europa. Umgekehrt bieten Afrikas Erfolge auch uns große Chancen. Mit dem „Marshallplan mit Afrika“ haben wir unseren Nachbarkontinent politisch auf die Agenda gesetzt und einen Rahmen für eine neue Art der Zusammenarbeit geschaffen. Ende 2017 haben wir Reformpartnerschaften mit Tunesien, Ghana und Côte d’Ivoire geschlossen. So stärken wir Länder, die bei guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung vorangehen.

**Der „MARSHALLPLAN MIT AFRIKA“
sieht verstärkte Unterstützung für
reformbereite Länder vor.**

Aber auch der Kampf gegen Hunger und Mangelernährung muss weltweit ganz oben auf die Agenda. Die Zukunft entscheidet sich auf dem Land. Dort muss für die wachsende Weltbevölkerung Nahrung produziert werden und dort müssen Jobs entstehen, damit die Jugend nicht in den hoffnungslosen Slums der Städte versinkt. Dazu geben wir mit 15 Innovationszentren wichtige Impulse bezüglich

Ertrags- und Einkommenssteigerung sowie Nachhaltigkeit. Diese Innovationszentren sollen zu Ausbildungszentren für grüne Berufe weiter entwickelt werden. Damit bieten wir noch umfassendere Lösungen für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit an.

Allein in Afrika müssen jährlich 20 Millionen neue Jobs entstehen. Dies kann nur durch mehr private Investitionen gelingen. Mit einer neuen Sonderinitiative wollen wir daher ausgewählte regionale Standorte in Afrika attraktiver für Investoren machen und dort gemeinsam mit der Privatwirtschaft Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Die HSS ist beim Thema Ausbildung übrigens schon lange ein wichtiger Partner, so z. B. in der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen der Ernährungssicherung oder im Nahen Osten bei der Qualifizierung jordanischer und syrischer Frauen.

Die Globalisierung hat Millionen Menschen Chancen auf einen Aufstieg und somit einen Weg aus der Armut gebracht. Der Preis für die Einbindung in den Weltmarkt ist aber allzu oft die Ausbeutung von Mensch und Natur. Soziale und ökologische Standards, die wir für uns selbstverständlich beanspruchen, müssen auch dort Standard werden, wo unsere Produkte herkommen. Darum haben wir zum Beispiel mit dem Textilbündnis ein Forum geschaffen, in dem sich relevante Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zusammen zu messbaren Fortschritten entlang der gesamten Wertschöpfungskette verpflichten, in diesem Fall für nachhaltig und fair produzierte Textilien. Mit dem Textilbündnis hat Deutschland eine Blaupause für andere Sektoren geschaffen und ist Vorreiter für eine moderne Entwicklungspolitik, wie sie in der Agenda 2030 gefordert wird.

Das TEXTILBÜNDNIS hat faire und nachhaltige Produktion zum Ziel.

Entwicklungspolitik braucht starke Partner

Nachhaltige Entwicklung beginnt in Deutschland und braucht Partner in der ganzen Gesellschaft. Darum werden wir die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und ihren vielen hoch engagierten Vertretern noch weiter ausbauen. Aber auch das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen wollen wir steigern, denn diese verfügen über das Know-how, das vielerorts in der Welt gebraucht wird. Sie wissen, wie dezentrale und verlässliche Energieversorgung, Abfallbeseitigung und vieles mehr funktioniert. Daneben wollen wir auch mit der deutschen Wirtschaft dauerhafte Entwicklungspartnerschaften eingehen, von denen beide Seiten profitieren. Mit der Gründung der Agentur für Wirtschaft und Entwicklung geben wir unseren Unternehmen Zugang zu der jahrzehntelangen Erfahrung und den Netzwerken der Entwicklungszusammenarbeit und bieten unseren Partnern vor Ort Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Politischen Stiftungen sind für uns ganz besondere Partner. Sie wirken durch ihre jahrzehntelange, eigenständige Arbeit auf künftige Entscheidungsträger in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ein. Sie schaffen mit ihrer Arbeit etwas schwer Messbares, aber unschätzbare Wichtiges, denn ohne politisch gebildete Bürger, ohne Rechtsstaatlichkeit

oder Institutionen, die dem Allgemeinwohl dienen, gibt es keine Entwicklungsfortschritte. Umso mehr sorgt mich, dass ihre Arbeit in immer mehr Ländern behindert wird. Auch auf diesem Gebiet muss Europa noch deutlicher mit einer Stimme sprechen. Unsere Werte geraten derzeit von vielen Seiten in Gefahr. Europas Antwort kann dann aber nicht sein, die Mittel für die Zusammenarbeit mit Afrika nur um rund eine Milliarde Euro pro Jahr zu erhöhen, so wie es der Vorschlag der EU-Kommission für die neue mittelfristige Finanzplanung vorsieht. Hier muss deutlich nachgebessert werden.

Weder Abschottung noch der Rückzug aus internationalen Vereinbarungen und Institutionen sind dazu geeignet, die globalen Herausforderungen anzugehen. Hierfür brauchen wir ganz im Gegenteil deutlich mehr Kooperation innerhalb der Staatengemeinschaft. Den Vereinten Nationen kommt dabei eine sehr zentrale Rolle zu, denn gerade die letzten Jahre haben deutlich gezeigt: Grenzüberschreitende Entwicklungen wie Armut, Krisen und Umweltzerstörung brauchen globale Antworten.

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf ein Leben in Würde, Frieden und Freiheit. Auch wir in Europa werden nur dann gut leben können, wenn Lebenschancen und Ressourcen global

Die Staatengemeinschaft braucht eine stärkere und bessere ZUSAMMENARBEIT bei den globalen Herausforderungen.

fairer verteilt werden. Arbeiten wir gemeinsam daran, die Wende hin zu nachhaltiger Entwicklung erfolgreich zu gestalten. ///



Quelle: Copyright BMZPhotothek.net

/// DR. GERD MÜLLER, MDB

ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin.